

Dr. Siegfried Grillmeyer

Werkstatt für Demokratie

Politische Bildung an einer
katholischen Akademie für
Jugend- und Erwachsenenbildung

Einleitung: Eine nötige Selbstvergewisserung
Demokratie, das wurde in den zurückliegenden Monaten deutlich, ist zunehmend ein Sorgenkind geworden. Es wird nicht nur, wie üblich, von Gleichgültigkeit, sondern auch von ausgesprochenen Feinden gefährdet und in Bedrängnis gebracht. Die Bedrohung ist ernst!

In dieser Situation erscheint es sinnvoll, eine Selbstvergewisserung und auch eine Selbstverortung unserer eigenen Arbeit zu unternehmen. Als Vertreter einer katholischen Akademie, genauer: einer Bildungseinrichtung für Jugend- und Erwachsenenbildung, haben wir uns immer auch als eine »Werkstatt für Demokratie« verstanden.

Mit dieser Metapher ist nicht gemeint, dass hier ein Produkt entsteht, sozusagen in einer Werkstatt etwas geschaffen wird. Denn Demokratie sehen wir in keiner Weise als ein abgeschlossenes Produkt und Ergebnis, sondern eher als dauerhaften Prozess. Aber zweifelsohne müssen für diesen Prozess Grundlagen gelegt werden, um Menschen zu befähigen und zu ermuntern, sich politisch einzubringen und damit auch Demokratie fortzuentwickeln.

Daher sollen im Folgenden essayistisch einige Gedanken zur Standortbestimmung einer politischen Bildung in christlicher Trägerschaft vorgestellt werden.

In einer *ersten Annäherung* soll der Bereich der politischen Bildung beschrieben und damit auch darauf eingegangen werden, welchen Politikbegriff (und auch welchen Demokratiebegriff) wir verwenden. Was verstehen wir darunter? Warum werden wir aktiv in der politischen Bildung?

In einer *zweiten Annäherung* wird dargestellt, inwieweit diese politische Bildung im engeren Sinne einzubetten ist in unsere kirchlichen, religiösen und theologischen Zusammenhänge. Warum wir gerade als Christinnen und Christen aktiv werden (müssen) und eine »Werkstatt für Demokratie« gestalten möchten.

Erste Annäherung – Politische Bildung / Demokratie lernen

Unser Menschenbild

Der grundlegende Auftrag unserer Arbeit im Bereich der Jugendbildung und Jugendsozialarbeit besteht darin, jugendliche und junge Erwachsene in ihrer Entwicklung zu begleiten. Auch wenn es manchmal klingen mag, so möchte ich eingangs auf unser zugrundeliegendes Menschenbild verweisen. Ich halte es für wichtig, dass wir uns immer wieder unseren Blick auf den Menschen und seine Weltgestaltung vergegenwärtigen. Wir sehen in der abendländischen Tradition den Menschen als vernunftbegabtes Wesen, das sich durch Lernprozesse Fähigkeiten, Fertigkeiten und Einsichten erwirbt, um als eigenständiges Individuum sein Leben zu gestalten. Dazu ge-

hört seit der Antike, verstärkt seit der Aufklärung, dass der Mensch grundlegend ein soziales Wesen ist. Erinnert sei hier nur an Aristoteles, der in seiner *Politiká* vom Menschen als einem »zoon politikon« spricht. Er sieht den Menschen als ein soziales, politisches Wesen, das sein Leben in der Gemeinschaft entfaltet und auf sie angewiesen ist. Das ist dann nicht banal, sondern ganz grundlegend, wenn wir es mit konkurrierenden Menschen- und damit verbundenen Weltbildern kontrastieren. Da gibt es andere Sichtweisen, die den Menschen unterordnen, und eine größere Idee der Entwicklung und des Fortschritts – und dort meine ich nicht nur die Unterordnung des Menschen unter das Leitbild der »Volksgemeinschaft« und als Teil des »Vollskörpers« wie im Faschismus, sondern auch die Reduktion des Menschen auf seine Rolle als Staatsbürger_in, Arbeitnehmer_in und Konsument_in. Hier ist vor allem ein prägendes Weltbild zu erwähnen, das den Menschen vor allem auf seine Rolle im ökonomischen Kontext reduziert. Karl Marx hat einmal pointiert formuliert: »Die herrschenden Ideen sind die Ideen der Herrschenden.« Das gilt auch für dieses Weltbild. Wie im Brennglas verdichtete sich diese Anschauung im Begriff der »Ich-AG«, der ab 2003 im Rahmen der Hartz-Kommission entstand und sich bald als allgemeines Erklärungsmuster menschlichen Handelns entwickelte. Jede Person wurde sozusagen zur Ich-AG, die ihren Marktwert während der Ausbildung, in der Gruppe, in der Gesellschaft zur eigenen Gewinnmaximierung steigern sollte und musste. Diese Idee war eingebettet in eine wirtschaftsliberale Denkweise, die sich in den Sätzen von Margaret Thatcher verdichtet hat, wie »There is no such Thing as Society« und »There is no alternative« (TINA) gegenüber der Dominanz der Wirtschaft. Hier ist kein Platz für das zoon politikon, den Menschen als soziales und politisches Wesen.

Politische Bildung / Demokratie lernen als Teil der Sozialisation

Wenn Jugendbildung und Jugendsozialarbeit hingegen junge Menschen in ihrer Entwicklung als soziale politische Wesen begleiten möchten, dann verstehen wir politische Bildung als Teil der Sozialisation. Denn wenn wir politische Bildung in einem ganz weiten Begriff als einen Prozess verstehen, in dem Heranwachsende lernen, mit Phänomenen des öffentlichen Lebens umzugehen, dann ist dies nicht zu trennen von der Herausbildung sozialer Verhaltensweise in Familie, Partnerschaft, Schule, Gruppe und Beruf. Unter Sozialisation verstehen wir ein Hineinwachsen und damit eine Aneignung von gesellschaftlichen Denk- und Gefühlsmustern und der Verinnerlichung, also der Internalisierung, von sozialen Normen und ein In-Beziehung-Setzen zum jeweiligen Umfeld. Dieser Prozess geschieht durch absichtliche, geplante Maßnahmen (also konkret durch Erziehung), aber ebenso durch unbeabsichtigte Interaktionen in Familien, Schule, Gruppenbeziehungen, Beruf ... Sozialisation bewirkt, dass eine Vergemeinschaftung – also soziale Beziehungen und soziales Handeln – entsteht. Und damit werden die geltenden Normen, Werte und Wertekonzepte einer Gesellschaft geprägt.

Zur Verdeutlichung darf ich an eine Auseinandersetzung erinnern, die politische Jugendbildner_innen und vor allem Politikdidaktiker_innen unter uns sicher noch in Erinnerung haben werden: Seit Ende der neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts entbrannte eine Kontroverse über die Weiterentwicklung der politischen Bildung. In einer traditionellen Sichtweise sollte politische Bildung auf den Bereich der Politikdidaktik verwiesen werden und damit genuin politische Inhalte zum Gegenstand haben. Ein anderer Kreis wollte »politisches Lernen« durch »Demokratie lernen« er-

setzen. Dabei sollte Demokratie verstanden werden erstens als eine Lebensform, zweitens als Gesellschaftsform und drittens als Herrschaftsform. Dieser Ansatz bedeutete natürlich auch, dass »Demokratie lernen« weiter gefasst war und ebenso in der Partnerschaft, in der offenen Jugendarbeit etc. verankert und damit auch erlernbar sein sollte. Spiegelbildlich im internationalen Diskurs war dies auch abzulesen bei der problematischen Übersetzung von civic education. Denn auch hier geht es eher um eine Einübung von demokratischem Verhalten und Reflexionen und damit »Demokratie lernen«, statt um politische Bildung (political education) im engeren Sinne.

Das »Politische« im Alltag

Wenn wir im Bereich der Jugendbildung und Jugendsozialarbeit politische Bildung als einen Teil der Sozialisation und damit auch eines »Demokratielernens« sehen, dann gilt es, die Interessen und Bedürfnisse heutiger Jugendlicher in den Blick zu nehmen. Wichtig ist daher, sich klarzumachen, dass es viele Menschen gibt, die weder wissen, was politische Bildung ist, noch dies als Mangel oder gar Defizit erleben. Unsere politische Bildung muss daher zuallererst Alltagserfahrungen und Probleme der Menschen erkennen und aufgreifen. Es gilt, das »Politische« im Alltag zu entdecken und in Lernzusammenhängen erkennbar zu machen, das heißt: Bedürfnisse und Erfahrungen aufzugreifen. Solche Situationen sind gekennzeichnet durch ein hohes Maß an Selbstorganisation, konkret in Peergroups, durch attraktive Freizeitgestaltung und einen dichten Bezug zu den wichtigsten Themen Jugendlicher (Berufsfindung, Partnerschaft, Identität, Auseinandersetzung mit Lebensphasen).

Daher gilt es auch, die Zielgruppe zu erweitern. Zum einen auch Kinder einzubeziehen und ebenso ältere Erwachsene. Konkret ist

dies in Arrangements des intergenerationellen Lernens sehr gut möglich, beispielsweise in der ehrenamtlichen Arbeit.

Natürlich bleibt für uns stets das besondere Augenmerk auf sogenannte bildungsferne Schichten und Gruppen. Dabei ist die längst anerkannte Prämisse umzusetzen, Teilnehmende dort abzuholen, wo sie sich mental, sozial und kognitiv befinden.

Außerdem gilt es, neue Lernorte und Lernformen zu finden. Der traditionelle Seminarraum, der Jugendtreff oder die Hochschulemeinde werden vielfältig ergänzt durch politische Institutionen, Outdoormaßnahmen, Mitarbeit bei Bürgerinitiativen, Verbänden und Institutionen. Dafür bieten sich vielfältige Kooperationsmöglichkeiten an. Vor allem auch bei Ansätzen, die nicht primär als politische Bildung verstanden werden, aber Schnittstellen zu politischen Themen aufweisen, wie die Umwelt-, Kultur- und Erlebnispädagogik – um nur einige zu nennen.

Dimensionen und Begriffsbestimmungen politischer Bildung

In der Fachdebatte haben sich – wie bereits kurz ausgeführt – drei unterschiedlich weite Begriffsbestimmungen für (außerschulische) politische Jugendbildung herausgebildet:

Das weiteste Begriffsverständnis unterscheidet nicht mehr zwischen Jugendarbeit, außerschulischer Jugendbildung und politischer Jugendbildung. Als Beispiele können hier die Gruppenarbeit der Jugendverbände, offene Kinder- und Jugendarbeit oder Freizeitangebote aufgeführt werden. Diese Formen ermöglichen Teilhabe und Partizipationschancen, die wiederum politische Lernerfahrung kreieren können. Viele Jugendliche machen hier erste Mitbestimmungserfahrungen. Hier werden politische Kompetenzen

zen wie Durchsetzungsstrategien, Kompromissbereitschaft und öffentliche Sprache erprobt und angewandt, die auch in anderen sozialen und politischen Kontexten eingesetzt werden können.

Ein Verständnis mittlerer Reichweite definiert eine Einheit von außerschulischer Jugendbildung und politischer Bildung. In der Definition des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (im Paragraf 11) gehört die außerschulische Jugendbildung gleichberechtigt zu anderen Bereichen der Jugendarbeit, hier werden einzeln und detailliert aufgeführt: allgemeine, soziale, gesundheitliche, kulturelle, naturkundliche und technische Bildung. Eine solche Segmentierung ist aber vor dem Hintergrund der Lebensweltorientierung in der Jugendarbeit mehr als fragwürdig geworden. Die Auseinandersetzung mit der Situation Jugendlicher sowie die Entwicklung von persönlicher Freiheit in der lebensweltorientierten Jugendarbeit haben immer auch ein politisches Moment. Diese politische Dimension kann in jeder Bildungsveranstaltung thematisiert und bearbeitet werden.

In einem engeren Sinne versteht man politische Jugendbildung als organisierte, lehrgangsmäßige Veranstaltung mit explizit politischen Themenstellungen, wie sie beispielsweise von Jugendbildungsstätten, Tagungshäusern und Jugendverbänden angeboten werden.

An dieser Stelle gilt es nicht, nur einer Dimension der politischen Bildung den Alleinvertretungsanspruch einzuräumen. Vielmehr kommt es darauf an, die Beachtung des Politischen in jeder der drei Dimensionen einzubeziehen und zu fördern.

Zwischenfazit

- Politische Bildung ist im Sinne eines erweiterten Politikbegriffs zu verstehen: Es geht nicht nur um Vermittlung grundlegender Strukturmerkmale der Demokratie und des politischen Systems, sondern vielmehr um eine grundsätzliche Stärkung der Gemeinschaftsfähigkeit und der Partizipation.
- Politische Bildung muss den Schwerpunkt auf Handlungsorientierung, Interventions- und Partizipationsfähigkeit sowie auf Methoden der Ich- und Gemeinschaftsstärkung legen.
- Politische Bildung sollte eine verdichtete Vernetzung von Trägern nutzen. Eine Trennung von schulischer und außerschulischer politischer Bildung könnte zugunsten einer nachhaltigen sich verstärkenden Kooperation gelockert werden.
- Politische Bildung ist nicht Feuerwehr, wenn es brennt, sie ist umgekehrt nicht überflüssig, wenn die Zeiten ruhig sind. Sie muss vielmehr als Wegbegleitung und Querschnittsaufgabe, aber auch als Frühwarnsystem von Politik verstanden und entsprechend strukturell gefördert werden.
- Politische Bildung benötigt Kontinuität. Sie kann sich nicht auf zeitlich begrenzte Projektstellen stützen. Benötigt wird eine Integration in den Aufgabenbereich der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit.
- Politische Bildung bedeutet Unterstützung und Entwicklung einer demokratischen Bürgergesellschaft.
- Politische Bildung hat ein immer breiter werdendes Themenspektrum zu behandeln, unübersichtlicher werdende gesellschaftliche, ökonomische und soziale Zusammenhänge zu erläutern und auf neue Herausforderungen angemessen zu reagieren. Dabei geht es vor allem auch um die internationale Dimension, die stets im Begriff der Globalisierung eingefangen wird.

Zweite Annäherung – Als Christin/Christ politisch sein

Seid stets bereit ...

Der Auftrag im ersten Petrusbrief kann auch als Aufforderung an die politische Bildung und ihre Protagonist_innen gelesen werden: »Seid stets bereit, jedem Rede und Antwort zu stehen, der von euch Rechenschaft fordert über die Hoffnung, die euch erfüllt« (1 Petr 3,15). Dieser Aufruf beinhaltet grundsätzlich, dass wir reflexionsfähig und dialogbereit sind, und dies in zweierlei Hinsicht: Zum einen, dass wir – nach innen – die Grundlagen unseres Denkens und Hoffens, die schließlich zu Einstellungen und konkretem Handeln führen, immer wieder aufs Neue hinterfragen.

Zum anderen impliziert dieser Aufruf, dass wir stets – nach außen – in einen offenen Dialog mit Andersdenkenden treten müssen. Denn um überhaupt Rechenschaft ablegen zu können, bedarf es der eigenen Reflexion.

Gleichzeitig möchte man hinzufügen, dass wir ebenso nach der Hoffnung und damit den Beweggründen fragen, die andere erfüllen.

In dem Film »Babel« von Alejandro González Iñárritu aus dem Jahre 2006 heißt es: »Wer verstanden werden will, muss zuhören.« In vielen Veranstaltungen wird deutlich, wie oft ein Dialog wechselt wird mit seriellen Monologen. So muss es unser Ziel sein, Räume zu bieten, die aus den eigenen Gedankenwelten, die man auch als Parallelwelten oder Wahrnehmungsblasen beschreibt, hinausführen und die Brücke schlagen zur Gedankenwelt der anderen.

In der einen Hand die Bibel ... »Gaudium et spes«

Der evangelische Theologe Karl Barth hat einmal sinngemäß gesagt: Heute Christsein bedeutet, in der einen Hand die Tageszeitung und in der anderen Hand die Bibel zu halten. Damit ist von anderer Seite nochmals wunderbar formuliert, was sich wie ein roter Faden durch die Dokumente des Zweiten Vatikanischen Konzils zieht. Christinnen und Christen sind nicht außerhalb der Welt, sie sind auch nicht zurückgezogen in ihren eigenen Welten (oder Echokammern und Blasen), sondern sie sind aufgerufen mitzuwirken, damit das Reich Gottes verwirklicht werde.

Nicht oft genug kann in diesem Zusammenhang der Beginn der Pastoralkonstitution *Gaudium et spes* – Über die Kirche in der Welt von heute des Zweiten Vatikanischen Konzils zitiert werden: »Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Menschen von heute, besonders der Armen und Bedrängten aller Art, sind auch Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Jünger Christi. Es gibt nichts wahrhaft Menschliches, das nicht in den Herzen der Gläubigen seinen Widerhall fände. (...) Die Gemeinschaft der Gläubigen erfährt sich mit der Menschheit und ihrer Geschichte engstens verbunden« (GS 1).

Es ist immer wieder schwer verständlich und am Ende des Tages letztlich eine Vermeidungs- oder sogar Verdrängungsstrategie, wenn Kirche daran erinnert wird, sie solle mehr fromm und gläubig als politisch und politisch aktiv sein. An dieser Stelle könnte man ausführlich auf Kreuzerlass, AFD-Wahlkampf und die Auseinandersetzungen der letzten Monate eingehen. Aber ich belasse es auf Hinweise, dass wir als Christinnen und Christen eindeutig aufgerufen sind, unseren Beitrag zu leisten, um »Salz der Erde« und »Licht der Welt« zu sein und dabei unseren Beitrag zu leisten, dass alle Menschen ein »Leben in Fülle« (Joh 10,10) haben.

Das ignatianische Paradigma und die katholische Soziallehre

Wenn wir diesen Auftrag ernst nehmen und mit dem Evangelium in der einen Hand die gegenwärtigen Entwicklungen betrachten, dann können wir getrost auf manche christlichen Traditionen zurückgreifen, die wir auch in unserer täglichen Arbeit gewinnbringend heranziehen können. Manches ist uns zur Selbstverständlichkeit geworden. Wenn wir uns heute mit dem sogenannten ignatianischen Paradigma »Sehen – Urteilen – Handeln« beschäftigen, dann ist uns dies auch aus der allgemeinen Pädagogik und Schuldidaktik vertraut und auch selbstverständlich. Natürlich haben wir längst verinnerlicht, dass wir den offenen Blick auf Lebensrealitäten erst entwickeln müssen, um dann eine Beurteilung und ein Abwägen anzuschließen, um schließlich zum Handeln zu gelangen. Und gleichzeitig finden sich in diesen überlieferten Formen und Reflexionen – und dabei natürlich nicht nur in der ignatianischen Spiritualität – viele überraschende und wertvolle Anregungen, unser heutiges Christsein zu reflektieren und die daraus resultierenden Notwendigkeiten für politisches Handeln abzuleiten. Als in den neunziger Jahren die amerikanischen Theologen Edward DeBerri, James Hug und Pete Henriot die Texte der christlichen Gesellschaftsethik als Kompendium herausbrachten, veröffentlichten sie dieses Buch unter dem Titel »Catholic Social Teaching: Our best kept secret«. Auch in unseren Zusammenhängen dürfte die katholische Soziallehre und damit die ausführlichen Reflexionen über die Prinzipien von Personalität, Solidarität, Subsidiarität und der später hinzugekommenen handlungsleitenden Maxime von Nachhaltigkeit und einer Option für die Armen zum Teil immer noch ein »bestgeheutes Geheimnis« sein. Diese Schätze gilt es zu heben und auch für uns, die wir »Werkstätten der Demokratie« sein möchten, wirksam werden zu lassen.

Ergänzend sei an dieser Stelle erwähnt, dass zur christlichen Tradition auch gehört, immer wieder Zeiten der Ruhe und der Reflexion, Oasenzeiten oder auch Wüstentage und Unterbrechungen einzuplanen. Wer sich an den je eigenen Orten der Jugend- und Erwachsenenbildung für ein menschenwürdiges Miteinander und damit eine Bewahrung der Menschenrechte einsetzt, benötigt auch diese Zeiten der Reflexion und Erholung.

Von der Würde (und Gottesebenbildlichkeit) der Menschen

Was für uns naheliegend ist, mag für andere überraschend sein und in die Frage münden: »Warum setzen sich katholische Institutionen für Menschenrechte ein?« Zweifelsohne ist an der Wende vom 20. zum 21. Jahrhundert unstrittig, dass die Menschenrechte ein zentrales Anliegen des Christentums sind. Das war in der Geschichte der Kirche wahrlich nicht immer so, sondern stellt sich eher als wichtiger Lernprozess und auch als Umkehr und Besinnung auf die biblisch-jesuanische Botschaft dar.

Anfangs wurden die Menschenrechtskataloge im Zeitalter der Revolutionen ohne bzw. gegen die offizielle Position der Kirche durchgesetzt. Der Durchbruch erfolgte spätestens mit der mutigen Enzyklika *Pacem in terris* von Papst Paul VI. 1963 und den folgenden Dokumenten des Zweiten Vatikanischen Konzils. Seitdem haben sich die Repräsentanten der Kirchen verstärkt und vorbehaltlos für die Menschenrechte eingesetzt. Papst Johannes Paul II. und in seiner Nachfolge auch Benedikt XVI. und Papst Franziskus haben immer wieder aufs Neue betont, dass die weltweite Verwirklichung und Sorge für die Menschenrechte ins Zentrum dessen gehörten, was Aufgabe und Auftrag der Kirche in der heutigen Welt sind – in Zusammenarbeit mit allen Menschen, »welche Gerechtigkeit und Frie-

den lieben« (Enzyklika *Redemptor hominis*). Am 1. Fastensonntag des Jahres 2000 hatte der damalige Papst auch offiziell ein Schuldenbekenntnis der katholischen Kirche aufgrund der von ihr begangenen Menschenrechtsverletzungen ausgesprochen.

Der zentrale Bezugspunkt einer christlichen Verteidigung und eben auch Grundlegung von Menschenrechten ist die biblische Idee der Gottesebenbildlichkeit des Menschen. Jürgen Habermas hat von der »Übersetzungsnotwendigkeit« aus dem religiösen Bereich in den philosophischen sowie öffentlich-rechtlichen Sprach- und Verständnisbereich gesprochen. In seinem Vortrag an der Katholischen Akademie in München hielt er 2004 fest: »Die Übersetzung der Gottesebenbildlichkeit des Menschen in die gleiche und unbedingt zu achtende Würde aller Menschen ist eine solche rettende Übersetzung. Sie erschließt den Gehalt biblischer Begriffe über die Grenzen einer Religionsgemeinschaft hinaus dem allgemeinen Publikum von Andersgläubigen und Ungläubigen.«

Wer sich heute aus christlicher Verantwortung in den politischen Raum begibt, hat durch die Menschenrechte einen gemeinsamen Bezugspunkt. Denn über alle konfessionellen und interreligiösen Grenzen hinweg bilden sie ein Fundament, um sich gemeinsam für ein »Mehr« an Menschlichkeit einzusetzen.

»Blutig schinden im Dienst« – Alfred Delp

Selten hat jemand in so dringlichen und deutlichen Worten wie Alfred Delp die Notwendigkeit beschrieben, dass wir als Christinnen und Christen nicht durch unsere Worte, sondern durch unsere Taten überzeugen müssen. In seinen Reflexionen über die Kirche hat er formuliert: »Es wird kein Mensch an die Botschaft vom Heil

und vom Heiland glauben, solange wir uns nicht blutig geschunden haben im Dienst am physisch, psychisch, sozial, wirtschaftlich, sittlich und sonst wie kranken Menschen.« In unseren verschiedenen Arbeitsfeldern der Jugendbildung, Jugendsozialarbeit und Jugendpastoral haben wir es immer wieder auch mit Menschen in Not zu tun oder, wie es der Jesuit Delp formulierte, mit Menschen, die »krank« sind und damit hilfsbedürftig. Es kann eine hilfreiche Herausforderung sein, uns mit jenen Menschen zu beschäftigen, die sich in sehr bedrängter Zeit für ihre Mitmenschen eingesetzt haben. Auch wenn nicht jede und jeder dafür geboren ist, sich für seine Überzeugungen in dieser Konsequenz einzusetzen wie Alfred Delp oder Dietrich Bonhoeffer. Aber in einem erweiterten Sinne politisch zu werden, d. h. mit unseren Überzeugungen auch in die Öffentlichkeit zu gehen, das ist eine klare Herausforderung an uns. Hannah Arendt hat dies einmal in ihrer Laudatio auf Karl Jaspers sehr treffend formuliert: »Gewonnen wird die Humanität nie in der Einsamkeit und nie dadurch, dass einer sein Werk der Öffentlichkeit übergibt. Nur wer sein Leben und seine Person mit in das Wagnis Öffentlichkeit nimmt, kann sie erreichen.«

Im Angesicht populistischer Umtriebe –

»Werkstätten der Demokratie«

Diese Öffentlichkeit ist zweifelsohne in den vergangenen Monaten und Jahren rauer geworden. Politik hatten wir immer so verstanden, dass wir in Sachfragen Gegnerinnen und Gegner sind. Das ist auch nötig und das müssen wir in einer Werkstatt der Demokratie auch lernen, als Gegnerinnen und Gegner in konkreten Fragen Stellung zu beziehen und zu streiten. Aber wir dürfen nicht die Logik der Gegnerinnen und Gegner der Demokratie übernehmen und aus

Gegnerinnen und Gegnern Feindinnen und Feinde werden lassen. Denn mit der politischen Gegnerin, dem politischen Gegner müssen wir streiten, aber wir werden uns am Ende im gemeinsamen Ringen um eine Lösung oder einen Kompromiss die Hand reichen und nicht wie einer Feindin, einem Feind die Verdrängung und sogar den Tod wünschen.

Allerdings: Feindinnen und Feinden der Demokratie müssen wir auch als solchen begegnen und klare rote Linien aufzeigen. Vaclav Havel hat die prägnante Formulierung gebracht: »Denen, die die Demokratie ernst nehmen, bindet sie die Hände, denen, die sie nicht ernst nehmen, erlaubt sie alles.« Wenn es im Parteiprogramm einer Partei, die mittlerweile in allen 16 Landesparlamenten sitzt, heißt, man orientiere sich an einem »differenzierten Menschenbild«, dann müssen wir unser Verständnis von einem undifferenzierbaren Menschenbild und einer unteilbaren Würde aufgrund unseres Verständnisses der Gottesebenbildlichkeit entgegenhalten. Und wir müssen eintreten gegen Menschenverachtendes und auch gegen die Gefährdungen unseres demokratischen Miteinanders.

Lassen Sie uns daher »Werkstätten der Demokratie« sein!

Literatur und Hinweise

Dieser Beitrag stellt eine überarbeitete Fassung eines Vortrags dar, der am 8. November 2018 beim Nürnberger Forum des BDKJ Bayern im Caritas-Pirkheimer-Haus Nürnberg gehalten wurde. Die ersten Diskussionen gehen zurück auf das sogenannte »Bayerische Manifest zur politischen Bildung« und die Grundsatzdiskussionen um das 10-jährige Bestehen der bereits in erster Fassung 1998 verabschiedeten »Konvention über katholisch-sozial orientierte politische Jugend- und Erwachsenenbildung in der AKSB«. Eine weiterführende Reflexion fand im Rahmen unserer Reihe der Akademie CPH zur Menschenrechtsbildung statt und wird in einer Übersicht des Autors im kürzlich erschienenen Band »Politische Bildung stärken« zusammengefasst. Dort auch die Literaturbelege zu den Zitate. Mein Dank gilt wie stets den Kolleginnen und Kollegen im Referententeam der Akademie für Diskussion und Unterstützung.

AKSB (Arbeitsgemeinschaft katholisch sozialer Bildungswerke): Konvention über katholisch-sozial orientierte politische Jugend- und Erwachsenenbildung in der AKSB. Bonn 1998 (verabschiedet am 26.11.1998; erweiterte Fassung 2008).

Arbeitskreis politische Jugendbildung (Hrsg.): Bayerisches Manifest zur politischen Bildung. Schwalbach i. Ts. 2004.

Siegfried Grillmeyer: Mensch, Du hast Rechte – und jeder Andere auch! Ein Plädoyer für eine stärkere Beachtung der Menschenrechte in der politischen Bildung, in: Michael Reitemeyer, Benedikt Widmaier, Karl Weber, Markus Schuck (Hrsg.): Politische Bildung stärken – Demokratie fördern. Beiträge zur Geschichte und Aktualität von politischer Bildung, Schwalbach i. Ts. 2018, S. 217–226.

Siegfried Grillmeyer
Karl Weber (Hg.)

Das Religiöse ist politisch

Plädoyer für eine
religionssensible
politische Bildung



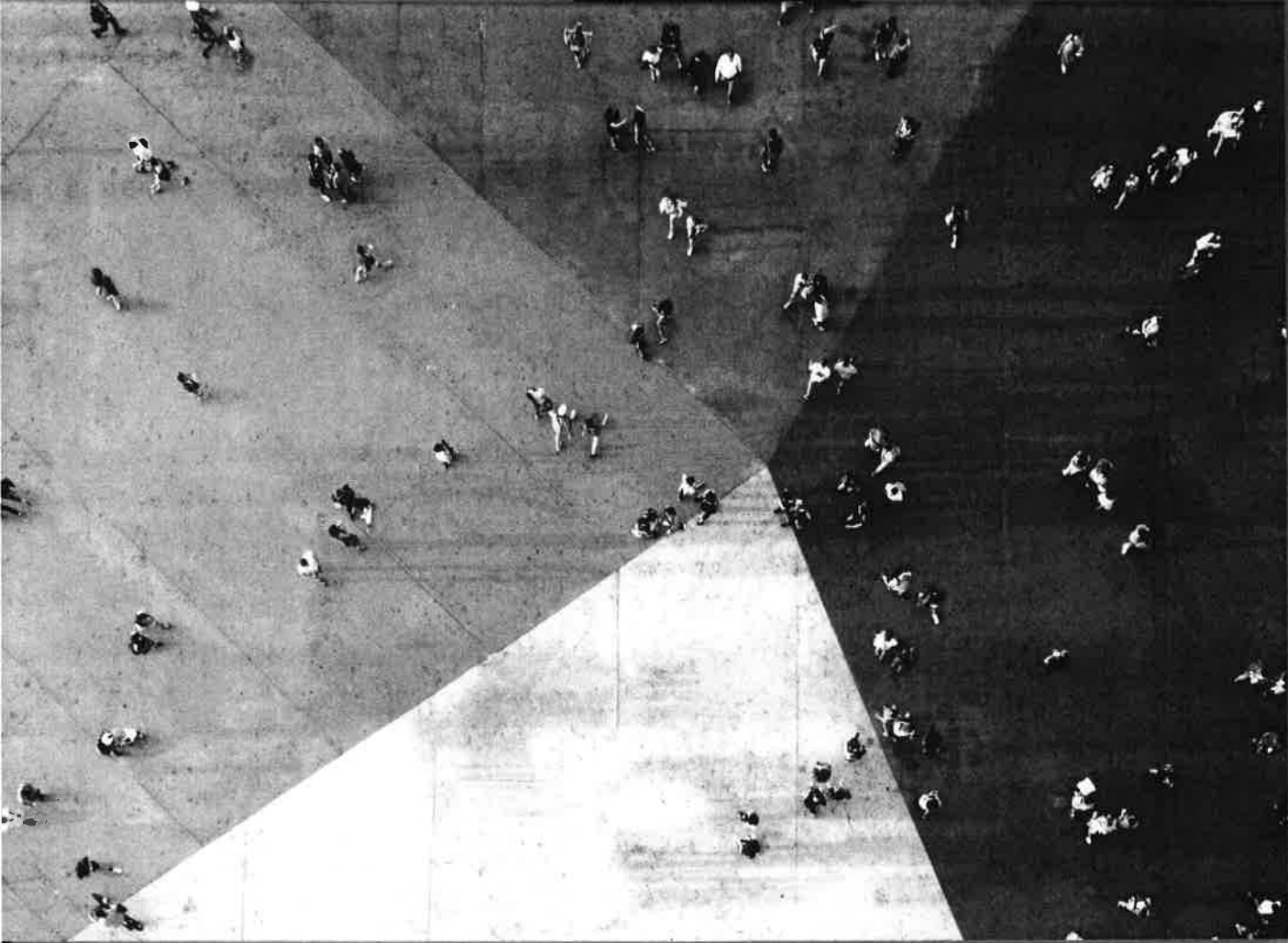
Arbeitsgemeinschaft
katholischer Sozialer Bildungswerte
in der Bundesrepublik Deutschland e.V.

akademie



edition^{cph}

echter



INHALT

Dr. Siegfried Grillmeyer

Vorwort und Dank 7

Gemeinsam religionssensible politische Bildung
in den Blick nehmen

Die Notwendigkeit einer religionssensiblen politischen Bildung

Dr. Siegfried Grillmeyer

Werkstatt für Demokratie 15

Politische Bildung an einer katholischen Akademie
für Jugend- und Erwachsenenbildung

Dr. Karl Weber

Wie politisch ist das Religiöse? 33

Grundbedingungen für eine religionssensible
politische Bildung in kirchlicher Trägerschaft

Interdisziplinäre Perspektiven auf eine religionssensible politische Bildung

Saba-Nur Cheema

(K)eine Glaubensfrage 43

Religiöse Vielfalt im pädagogischen Miteinander

Die Herausgebenden legen Wert darauf, dass alle Beiträge sprachlich
gegendert sind, haben es aber den Autorinnen und Autoren überlassen,
hier je individuelle Präferenzen über die Form des sprachlichen Genders
zu setzen.

Dr. Pradeep Chakkarath

**Religion und Religiosität in der Identitätsentwicklung
Jugendlicher 51**

Dr. des. David Yuzva Clement / Maike Nadar

**Religions sensibilité in der politischen Bildung:
Wissens-, Haltungs- und Handlungskompetenzen 63**

Religions sensibile politische Bildung in der Praxis

Dr. Andrea Keller

**Religions sensibilité in der politischen Bildungsarbeit der
Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke e.V.
(AKSB) 85**

Julia Jenkner

**Umsetzung des Bundesprogramms »Respekt Coaches«
im Jugendmigrationsdienst Nürnberg 93**

Nicola Bischof

Wir sind nicht neutral 101

Ein Bericht aus der Praxis der
religions sensiblen politischen Bildung

Autor_innenverzeichnis 109

Weiterführende Lese- bzw.

Rechercheempfehlungen 112

Die Edition CPH 116

Dr. Siegfried Grillmeyer

Gemeinsam religions sensible politische Bildung in den Blick nehmen

Vorwort und Dank

Religion, religiöse Themen und Einstellungen schaffen es fast täglich auf die Titelseiten der Tagespresse. »Islamisierung« lässt sich beispielsweise als Schlagwort und Schreckgespenst nicht mehr vertreiben und dagegen werden nicht selten »unsere christlichen Werte« in Stellung gebracht. Aber auch in ruhigeren Fahrwassern der Diskussion, in Feuilletons und Magazinen, reißen die Diskussionen über die Rolle von Religion, Religionsgemeinschaften und religiösen Werten und Einstellungen in politischen Zusammenhängen nicht ab. Wer noch gegen Ende des letzten Jahrhunderts die Säkularisierungsthese vertrat, die davon ausging, dass mit zunehmender Modernisierung und Rationalisierung Religion einfach zurückgedrängt und »irgendwie« ganz verschwinden wird, sieht sich nicht erst seit 9/11 angesichts von Pegida & Co eines anderen belehrt.

Zugleich herrscht – um eine biblische Metapher zu verwenden – eine babylonische Sprachverwirrung. Denn nicht nur die Verteidiger_innen des christlichen Abendlandes von rechts und die Verteidiger_innen einer offenen, pluralen Gesellschaft sprechen eine unterschiedliche Sprache. Vielmehr verwenden auch Religionswissenschaftler_innen und Erzieher_innen, Theolog_innen und Poli-